

Drei Viertel der Afghanen unzufrieden mit ihrer Regierung

(dpa) Nach fast sieben Jahren Wiederaufbau in Afghanistan sind mehr als drei Viertel der Afghanen unzufrieden mit der Arbeit ihrer Regierung und ihres Parlamentes. Das geht aus einer Umfrage der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und des National Center für Policy Research (NCPRI) hervor, die am Dienstag in Berlin veröffentlicht wurde. Präsident Hamid Karsai muss danach 2009 ernsthaft um seine Wiederwahl bangen. Für die Umfrage wurden in der Provinz Kabul Ende Juli 1050 Personen befragt. Bis auf zwei Ausnahmen - zur Einschätzung der ISAF-Truppen - sind aber alle Antworten aus Sicht der Autoren aussagekräftig für ganz Afghanistan.

81 Prozent der Befragten bewerteten die Leistung der Regierung der Umfrage zufolge als unzureichend, 75 Prozent sind mit der Arbeit des Parlamentes nicht zufrieden. Das zerstrittene Parlament werde von der Mehrheit der Bevölkerung bislang nicht als «Volksvertretung» wahrgenommen, gibt der Leiter des KAS-Büros in Afghanistan, der Politikwissenschaftler Babak Khalatbari, zu bedenken. «Dies verwundert auch unter dem Gesichtspunkt nicht, dass rund 80 der gewählten 240 Parlamentarier Kommandeure bewaffneter Milizgruppen sind.» Auf den Sitzen des Parlamentes seien ebenso Drogenbarone, Kriegsverbrecher und radikale Islamisten zu finden.

«Denkbar schlecht» stehen die Wiederwahlchancen für Präsident Karsai: Lediglich 17 Prozent gaben an, ihn erneut wählen zu wollen. 83 Prozent wollen dem seit 2002 amtierenden Staatschef dagegen ihre Stimme nicht mehr geben. Khalatbari hofft, dass die Ergebnisse der Umfrage auch als «Weckruf zur rechten Zeit» verstanden werden. Die anstehenden Wahlen seien mitunter eine der letzten Chancen zur politischen Stabilisierung des Landes.

Dringend notwendig seien faire und freie Wahlen sowie Kandidaturen mit aus afghanischer Sicht authentischem Hintergrund und unbefleckter Vergangenheit. Ansonsten werde schlimmstenfalls der «innenpolitische Flurschaden» in eine «unglaubliche Fassadendemokratie» münden, warnt Khalatbari. Die Befragten gaben der Präsidentschaftswahl (2009) und der Parlamentswahl (2010) eine hohe Bedeutung. Bei der Präsidentschaftswahl wollen 79 Prozent und bei der Parlamentswahl 78 Prozent von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Jeder Zweite (53 Prozent) schätzte trotz aller Schwierigkeiten grundsätzlich die Einführung und Entwicklung der Demokratie positiv ein.

In zwei der insgesamt elf Themengebieten halten die Autoren erhebliche Unterschiede in den Antworten für möglich, wenn Menschen im umkämpften Süden und im Osten Afghanistans hätten befragt werden können. Diese beziehen sich auf die Internationale Schutztruppe ISAF.

Politisches Trümmerfeld

Geschrieben von: Administrator

Samstag, den 09. August 2008 um 22:35 Uhr -

47 Prozent der in der Provinz Kabul Befragten sehen in ISAF eine Sicherheitsgarantie für Afghanistan. Dies sei eine Steigerung von sieben Prozent im Vergleich zu einer KAS-Umfrage von November 2006. Allerdings: 51 Prozent der befragten Personen empfinden die ISAF mittlerweile als militärische Besatzer, 49 Prozent tun dies nicht.

[Quelle](#)